

ULTRANET ABSCHNITT B1

Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr.2 der Anlage zu § 1 Abs. 1
BBPlG („Ultranet“)
Hochspannungs-Gleichstrom-
Übertragungstechnik (HGÜ)

Hier:
Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG zum
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt B1
„Punkt Wallstadt – Konverter Philippsburg“

Register 21: Umgang mit Kampfmitteln

29.04.2022 / Version 2.0

INHALT

1.0 VERANLASSUNG _____ 3

2.0 RECHTLICHE VORGABEN _____ 3

3.0 ABLAUF DER PRÜFUNG AUF KAMPFMITELFREIHEIT UND GGF. RÄUMUNG ____ 3

4.0 PRÜFUNG AUF KAMPFMITELFREIHEIT DURCH DIE VORHABENTRÄGERIN __ 4

4.1 Historische Erkundung im Vorhabengebiet _____ 4

4.1.1 Herangehensweise _____ 4

4.1.2 Feststellungen _____ 5

4.2 Technische Erkundung _____ 6

4.3 Räumung von Kampfmitteln _____ 7

5.0 VERHALTEN BEIM AUFFINDEN VON KAMPFMITTELN IN DER BAUPHASE ____ 7

TABELLEN

Tabelle 1: Maststandorte mit als „bombardierte Bereiche“ klassifizierten
Untersuchungsgebieten 6

ABBILDUNGEN

Abbildung 1: Schema Kampfmittelbeseitigung.....4

1.0 VERANLASSUNG

Kampfmittel, insbesondere Bomben verschiedener Art und Größe, werden auch viele Jahrzehnte nach Ende des 2. Weltkriegs immer wieder im Zuge von Bauarbeiten aufgefunden. Deshalb kommt der Prävention im Vorfeld einer Baumaßnahme und der permanenten Vorsicht während der Umsetzung von Vorhaben, bei denen in den Boden eingegriffen wird, besondere Bedeutung zu.

Beide Aspekte wurden bei der Planung des hier gegenständlichen Vorhabens und seiner Folgemaßnahmen berücksichtigt.

2.0 RECHTLICHE VORGABEN

Bauvorhaben sind grundsätzlich so zu planen und durchzuführen, dass das Leben und die Gesundheit von Menschen nicht gefährdet werden. Baustellen sind so einzurichten, dass durch bauliche Anlagen keine Gefahren entstehen können.

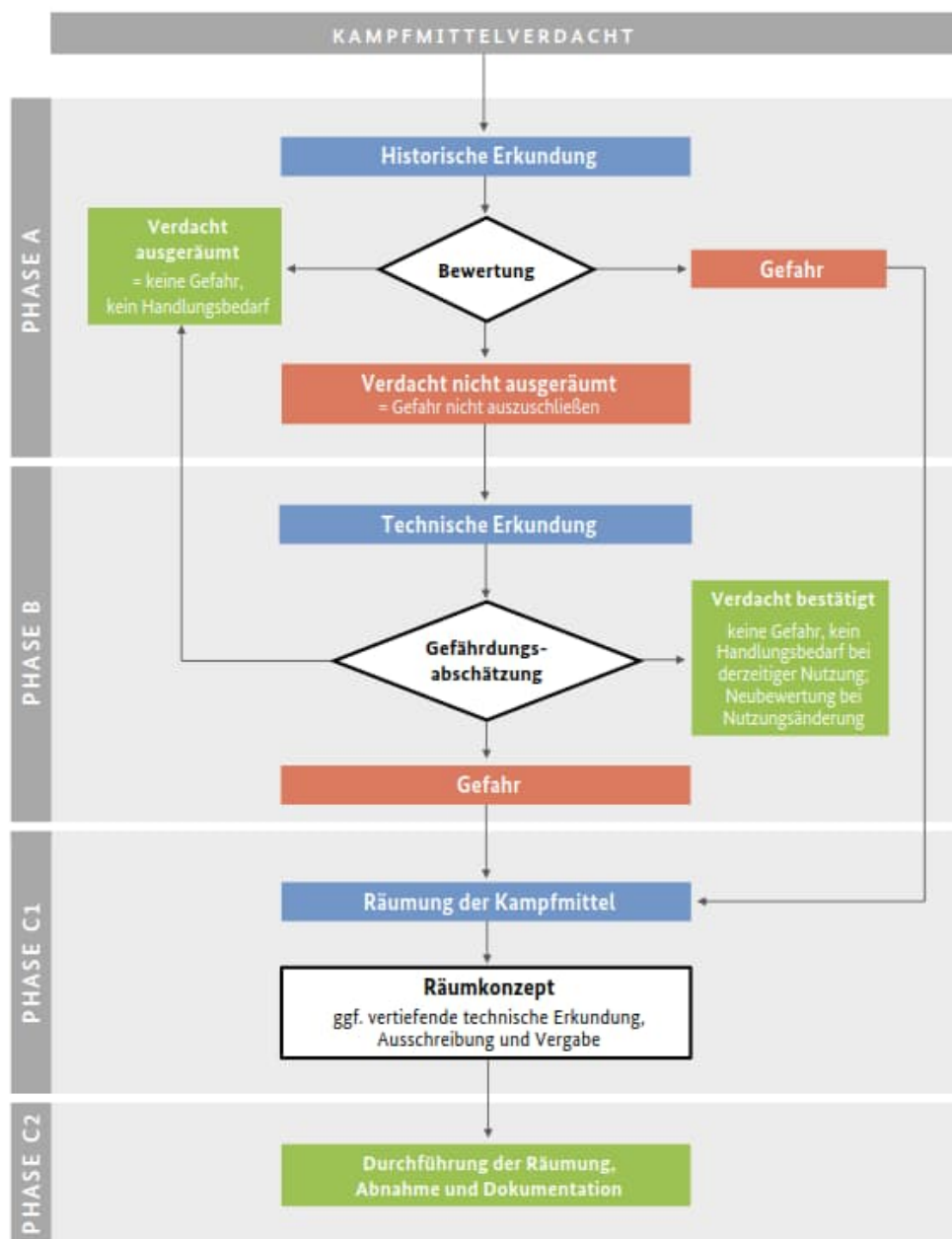
Die konkrete Beseitigung von Kampfmitteln (Kampfmittelsondierung, -räumung, -entschärfung, -transport und -vernichtung) dient der Vermeidung oder Reduzierung einer Gefahrensituation. Sie ist als Teil der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dem Polizei- und Ordnungsrecht zugeordnet und in Landesgesetzen geregelt. Nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über die Aufgaben des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (VwV-Kampfmittelbeseitigungsdienst) vom 21. Dezember 2006 (GABl. Nr. 1 vom 26. Januar 2007, S. 16 f.) hält das Land einen Kampfmittelbeseitigungsdienst vor, der die Polizeibehörden und den Polizeivollzugsdienst bei der Beseitigung von Kampfmitteln unterstützt. Die Kampfmittelbeseitigung umfasst

- / die Entschärfung von Kampfmitteln,
- / die Beförderung geborgener Kampfmittel sowie
- / die Vernichtung von Kampfmitteln einschließlich der Verwertung des dabei angefallenen Materials.

Die nicht zur Kampfmittelbeseitigung gehörende, vorausgehende Erkundung einer Fläche wird grundsätzlich dem Verantwortungsbereich des jeweiligen Eigentümers bzw. Vorhabenträgers zugeordnet.

3.0 ABLAUF DER PRÜFUNG AUF KAMPFMITTELFREIHEIT UND GGF. RÄUMUNG

Der Ablauf der Prüfung auf Kampfmittelfreiheit und ggf. Räumung ist in Abbildung 1 dargestellt.



Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Abbildung 1: Schema Kampfmittelbeseitigung

4.0 PRÜFUNG AUF KAMPFMITTELFREIHEIT DURCH DIE VORHABENTRÄGERIN

4.1 HISTORISCHE ERKUNDUNG IM VORHABENGEBIET

4.1.1 HERANGEHENSWEISE

Für das Vorhaben und die Folgemaßnahmen wurden im Jahr 2019 und 2020 Baugrunderkundungen an jedem zukünftigen Maststandort durchgeführt. Die Baugrunderkundungen erfolgten durch Rammsondierungen und Bohrungen. Zur Absicherung der geplanten Erkundungs- und Bauarbeiten wurde im Umkreis von 50m um

jeden der geplanten Maststandorte (im Folgenden „Untersuchungsgebiete“ genannt) mit Hilfe einer Luftbildauswertung auf das mögliche Vorhandensein von Sprengbomben-Blindgängern untersucht.

Dazu wurden dort in den Jahren von 1940 bis 1945 vorhandene Sprengbombenrichter, Stellungen, Deckungsgräben und -löcher sowie Flakstellungen und schwere Gebäudeschäden dokumentiert, soweit sie auf den derzeit verfügbaren Luftbildern zu erkennen sind. Aufgrund dieser Informationen wurden Aussagen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Sprengbomben-Blindgängern gemacht.

Die Luftbildrecherche ergab, dass die Untersuchungsgebiete und ihre nähere Umgebung von weit über 100 Luftbildern aus dem Befliegszeitraum vom 07.04.1940 bis zum 26.07.1945 erfasst werden. Eine repräsentative Auswahl dieser Luftbilder wurde beschafft.

Im Rahmen der Luftbildauswertung durch einen Fachexperten wurde die repräsentative Auswahl der Luftbilder mit Hilfe eines TOPCON Spiegelstereoskops bei 3-facher und 6-facher Vergrößerung, soweit möglich stereoskopisch, durchmustert und in Bezug auf das Vorhandensein von Sprengbombenrichtern, möglichen Blindgänger-Einschlägen, zerstörten Gebäuden, Flakstellungen, Grabensystemen, Bunkern und dergleichen im Bereich geplanter Maststandorte untersucht.

Da erfahrungsgemäß etwa 8 bis 15 % aller abgeworfenen Sprengbomben nicht explodierten, kann nicht ausgeschlossen werden, dass in den Untersuchungsgebieten, die als „bombardierte Bereiche“ zu bezeichnen sind, noch Sprengbomben-Blindgänger oder andere Kampfmittel vorhanden sind.

4.1.2 FESTSTELLUNGEN

Die Interpretationsbefunde der Luftbildauswertung ergaben die in Tabelle 1 zusammengestellten Maststandorte des Vorhabens bzw. der Folgemaßnahmen, in deren Umkreis sich als „bombardierte Bereiche“ klassifizierte Untersuchungsgebiete befinden, die möglicherweise mit Kampfmitteln belastet sind. Aus urheberrechtlichen Gründen ist eine Reproduktion der verarbeiteten Luftbilder nicht gestattet. Daher sind die Berichte nicht Gegenstand der Planfeststellungsunterlagen.

Für die in Tabelle 1 zusammengestellten Maststandorte und deren Untersuchungsgebiete wurde durch den Fachexperten eine Technische Erkundung, wie in Kapitel 4.2 beschrieben, empfohlen.

VORHABEN (Von Nord nach Süd)	VORHABEN (Von Nord nach Süd)	FOLGEMASSNAHMEN (Von Nord nach Süd)
7601/A08	7220/021A	1190/014A
7601/A14	7220/022A	1190/013A
7601/A15	7220/023A	2327/1341
7601/A16		1190/011A
7601/A17		1190/010A
7601/A19		2327/1347
7220/015A		7601/A21
7220/016A		7601/A22
7220/017A		7601/A23
7220/018A		7100/165A

Tabelle 1: Maststandorte mit als „bombardierte Bereiche“ klassifizierten Untersuchungsgebieten
Untersuchungsgebiet ist ein Kreis mit 100m Durchmesser um einen Maststandort

Für die Untersuchungsgebiete, die nicht als „bombardierte Bereiche“ klassifiziert wurden, ist anzunehmen, dass Kampfmittelfreiheit besteht. Dort können die Untersuchungs- und Bauarbeiten ohne vorhergehende weitergehende technische Erkundungen beginnen und durchgeführt werden.

4.2 TECHNISCHE ERKUNDUNG

Die tatsächliche Kampfmittelbelastung der Untersuchungsgebiete kann ausschließlich durch technische Erkundungsmethoden vor Ort überprüft werden. Ziel ist dabei die Ortung der Kampfmittel. Bei der technischen Erkundung werden geophysikalische Verfahren wie Oberflächen- und Volumensondierungen oder Bohrlochsondierungen eingesetzt, die mit Hilfe von Computersoftware die Lage von Kampfmittel genau identifizieren können. Üblicherweise befinden sich Kampfmittel der Artillerie und Infanterie bis 1,50 m unter Erdoberkante, Bombenblindgänger in der Regel bis 8 m Tiefe, manchmal auch bis 20 m unter Erdoberkante.

Die technische Erkundung erfolgt durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg oder ein anderes autorisiertes Fachunternehmen (Kampfmittelsondierung) im Auftrag der Vorhabenträgerin. Kampfmittelsondierarbeiten dürfen nur von Personen bzw. Unternehmen ausgeführt werden, die über eine Erlaubnis nach § 7 SprengG verfügen.

Die technischen Erkundungen in den in Tabelle 1 gelisteten Untersuchungsgebieten werden vor Beginn der Baumaßnahmen erfolgen. Alternativ kann ein Mitarbeiter der Kampfmittelbeseitigung in den in Tabelle 1 gelisteten Untersuchungsgebieten die Bagger- bzw. Bohrarbeiten begleiten und das Baupersonal entsprechend anweisen.

4.3 RÄUMUNG VON KAMPFMITTELN

Sofern die technische Erkundung Kampfmittel identifizieren sollte, wird eine Kampfmittelräumung an den identifizierten Stellen notwendig.

Die Räumung beginnt mit der Erstellung eines Räumkonzeptes welches von der Vorhabenträgerin in Zusammenarbeit mit dem die technische Erkundung durchführenden Fachunternehmen erarbeitet wird. Die Auswahl des Räumverfahrens wird unter Beachtung der Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes sowie unter Berücksichtigung des Standes der Technik erfolgen. Bestandteil des Räumkonzeptes ist auch der „Arbeits- und Sicherheitsplan“, welcher im Fall einer Räumung von der Vorhabenträgerin erarbeitet wird.

Basierend auf dem erarbeiteten Räumungskonzept erfolge die Kampfmittelräumung. Kampfmittelräumarbeiten dürfen nur von Personen bzw. Unternehmen ausgeführt werden, die über eine Erlaubnis nach § 7 SprengG verfügen. Kampfmittel sind durch fachlich geeignetes Personal zu entfernen (§ 19 SprengG).

Geborgene Kampfmittel werden in geeigneten Behältern vom staatlichen Kampfmittelbeseitigungsdienst bzw. von entsprechend beauftragten Personen bzw. Unternehmen entsorgt oder kampfmittelgerecht vernichtet.

Als Ergebnis der Kampfmittelräumung bestätigt das Fachunternehmen die Freigabe der betreffenden Fläche nach ATV DIN 18299. Zudem erfolgt eine Dokumentation sowie ein Protokoll der Kampfmittelräumung und -beseitigung.

5.0 Verhalten beim Auffinden von Kampfmitteln in der Bauphase

Für den Fall, dass unerwartet bei den Bauarbeiten Kampfmittel gefunden werden, wird wie folgt vorgegangen:

1. Die Arbeit wird sofort eingestellt und der Fundort verlassen.
2. Es wird die Ordnungsbehörde bzw. zuständige Ortpolizei benachrichtigt. Diese verständigen unverzüglich den Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg.
3. Die entsprechende Fläche bzw. Baugrube wird durch die örtliche Bauleitung abgesperrt und abgesichert, z.B. mit Trassierband, um das Betreten durch Unbefugte zu verhindern
4. Die Lage der gefundenen Kampfmittel wird nicht verändert, die Kampfmittel weder aufgenommen noch angefasst.
5. Sicherheitsabstände und gegebenenfalls weitere notwendige Maßnahmen werden sofort per Telefon mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst abgeklärt.
6. Die Baustelle, bzw. die betroffenen Teilfläche bleibt gesperrt bis der Kampfmittelbeseitigungsdienst das Kampfmittel von der Baustelle beseitigt hat.
7. Erst nach Entfernung des Kampfmittels werden die Arbeiten in dem betroffenen Bereich wieder aufgenommen.